

Die Grünen- Grüne Alternative RUDOLFSHEIM-FÜNFHAUS



Wien, am 23.6.2021

Resolution

Gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen stellen die unterfertigten Bezirksrätinnen der Grünen Alternative Rudolfsheim-Fünfhaus in der Bezirksvertretungssitzung am **1.7.2021** nachstehenden Resolutionsantrag:

Betrifft: Verschlechterungen bei der Wiener Mindestsicherung verhindern!

Die Bezirksvertretung spricht sich gegen die geplanten Verschlechterungen bei der Wiener Mindestsicherung aus.

Begründung:

Die aktuelle Novelle umfasst folgende Punkte, die die Situation der Mindestsicherungsbezieher:innen verschlechtern:

1. Verschärfung der Sanktionen bzw. Kürzungen bei den Leistungen
2. Verschärfungen bei den Mindeststandards bei unter 25-Jährigen
3. Abschaffung Beschäftigungsbonus Plus. Der "Beschäftigungsbonus Plus" wird ersatzlos gestrichen. Es handelt sich hier um eine einmalige Förderung von Mindestsicherungsbezieher:innen von 683,6 bis 911,5 Euro, die eine eigene Erwerbstätigkeit über der Geringfügigkeitsgrenze aufgenommen haben (unter 25 ein halbes Jahr ununterbrochen und bei über 25 ein ganzes Jahr). Die Streichung wird mit zu wenig Anspruchnahme begründet. Anstatt eine automatische Auszahlung zu veranlassen.

So bedeutet das zum Beispiel, dass bis jetzt sichergestellt war, dass junge Mindestsicherungsbezieher:innen unter 25 in einer Notlage in den ersten 4 Monaten mit keinen Kürzungen zu rechnen hatten und sowohl den Bezieher:innen als auch der Behörde genug Zeit bleibt zielführende erwerbsfördernde Maßnahmen zu vereinbaren und es nicht ständig zu neuen Berechnungen kommen muss.

Weiters entfällt die Regelung, die bis jetzt gesetzlich geregelt hat, dass die Behörde den jungen Menschen ein Angebot machen muss oder das positive Anreizsystem zur Aufnahme von Beschäftigung weiterzuentwickeln, wird es einfach ersatzlos gestrichen und im Gegenzug die Sanktionen und Kürzungen verschärft.

Rudolfsheim-Fünfhaus ist der einkommensschwächste der Stadt Unser Bezirk hat das geringste durchschnittliche Jahreseinkommen. Deshalb sind unsere Bezirksbewohner:innen von einer Kürzung der Mindestsicherung ganz besonders betroffen.